

Alte Fabrik: Jury definiert Siegerprojekt

RAPPERSWIL-JONA. Bereits vor der Vereinigung von Rapperswil und Jona war eine gemeinsame Bibliothek Gesprächsgegenstand der damaligen Behörden.

Der Stadtrat befasste sich in den vergangenen Monaten erneut mit möglichen Standorten. In erster Priorität standen zur Diskussion: Die Alte Fabrik an der Klaus Gebertstrasse und die Parzelle beim Alten Feuerwehrdepot an der Merkurstrasse. Die Eigentümerin der Alten Fabrik hat die Idee der Stadt Rapperswil-Jona aufgenommen und einen Studienauftrag für einen Um- und Ausbau der Alten Fabrik an vier eingelandene Architekten erteilt.

Eine Fachjury wählte das Projekt des lokalen Büros «raumfindung architekten.» aus. Architekt Beat Loosli beschreibt seine Idee wie folgt: «Die Alte Fabrik wird zu einem lebendigen Kultur- und Literaturzentrum ausgebaut. Die massive Gebäudestruktur der ehemaligen Giesserei Gebert zeugt von der industriellen Vergangenheit und bildet den stimmigen Hintergrund für die neue Stadtbibliothek.» (red.)



Archivbild: Sam Thomas

Die Sanierung des Spitals Altstätten wäre durch die Begrenzung des Investitionsvolumen gefährdet, argumentiert die Regierung.

Neue Karten für die Ostschweiz

Das Bundesamt für Landestopographie «swisstopo» hat alle Ostschweizer Landeskarten im Massstab 1:25 000 aktualisiert. Eine solche Aktualisierung erfolge alle sechs Jahre, wie das Bundesamt schreibt. Nicht immer würde die Überarbeitung aber im gleichen Jahr vorgenommen, und nicht immer befinde sich gleich eine ganze Region im Nachführungsbereich.

Mit der Neuauflage liegen nun 25 Karten der Ostschweiz mit einheitlichen Nachführungsstand vor. Sie sind für Wanderer, Alpinisten, Stadtplaner und begeisterte Entdecker bestimmt. Die neuen Karten zeigen «swisstopo» an der St.Galler Ferienmesse vom 11. bis 13. Februar. (red.)

www.swisstopo.ch/maps

Die Regierung hält dagegen

Die Finanzkommission des St.Galler Kantonsrates verlangt über die vorgeschlagenen Massnahmen der Regierung hinaus weitere Einsparungen von 50 Millionen jährlich. Die Regierung kontert: Sie sieht unter anderem die Spitalplanung in Gefahr.

RENÉ HORNING

ST.GALLEN. Kaum waren die 54 konkreten Sparvorschläge der sogenannten Verzichtsplanung der St.Galler Regierung bekannt, hagelte es Proteste. Die Gemeinden verwehrten sich gegen die Übernahme zusätzlicher Finanzierungen, Lehrer, Schulen und soziale Institutionen wehrten sich.

Regierung will klare Ansage

Finanzchef Martin Gehrer hatte schon bei der Vorstellung des Sparpakets betont, dass die Regierung keine weiteren allgemein gehaltenen Sparaufträge entgegennehmen werde, die über die gemachten Vorschläge hinausgehen: «Wenn die Finanzkommission noch mehr sparen will, muss sie uns klar sagen, wo.»

Doch genau solch einen allgemein gehaltenen Sparbefehl hat die Finanzkommission beschlossen. Sie will, dass im Aufgaben- und Finanzplan 2013–2015 «mindestens» weitere 50 Millionen pro Jahr weniger ausgegeben werden, ohne aber die Gemeinden zu belasten und ohne Gebührenerhöhungen. Die Linke hat ausgerechnet, dass dies den Abbau von 300 Stellen in der Staatsverwaltung zur Folge hätte.

Die Regierung wehrt sich nun gegen den Sparbefehl. Sie ist sich bewusst, dass weitere Einschränkungen nötig werden könnten, falls die Nationalbank ihre Gewinnausschüttungen an die Kantone reduziert. In diesem Fall wäre sie bereit, den Staatsaufwand um weitere maximal 50 Millionen zu

kürzen. Die beiden anderen Sparaufträge der Finanzkommission lehnt die Regierung ab. Die Kommission will den Bezug aus den Reserven 2012 auf 100 Millionen Franken beschränken. Die Regierung plant, 140 Mio. aus dem Eigenkapital einzusetzen. Allenfalls wäre sie bereit, den Reservebezug auf 120 Mio. zu reduzieren.

Spitalsanierungen in Gefahr

Vehement wehrt sich die Regierung gegen den Antrag der Finanzkommission, die Investitionen in den Jahren 2013–2016 auf den Durchschnitt von 180 Millionen Franken zu beschränken und für die Folgejahre diese Summe als fixe Obergrenze festzuschreiben. Das funktioniere nicht, denn das Investitionsprogramm brau-

che eine rollende Planung: «Der Finanzkommission ist seit Jahren bekannt, dass sich der Gesamtinvestitionsbedarf nach dem Wegfall des Spitalmoratoriums markant erhöhen wird», hält die Regierung fest. Um die Spitäler im Kanton wie geplant zu erneuern, brauche es mehr als 180 Millionen Franken pro Jahr. Der von der Kommission verlangte Fünf-Jahres-Durchschnitt verunmögliche die Erneuerung der Spitäler im geplanten Umfang.

Auf taube Ohren stösst die Finanzkommission auch mit ihrem Begehren, die Prämienzahler stärker zur Kasse zu bitten. Schon jetzt belaste der vom Bund vorgeschriebene neue Finanzierungsmodus die Bevölkerung mit jährlichen Aufschlägen von einem,

respektive 1,5 Prozent, hält die Regierung fest. Noch mehr Kosten auf die Versicherten zu überwälzen sei sozialpolitisch problematisch.

Bei Grafikklasse nicht sparen?

Differenzen gibt es auch beim Kinderschutz. Hier will die Finanzkommission nicht sparen. Sie will auch die massiven Kursgeld-Aufschläge für die Lehrwerkstätten der Schneiderinnen und der Grafiker nicht hinnehmen – aber sie erteilt der gewerblichen Berufsschule einen generellen Sparauftrag, der in der Summe höher liegt als die Mehreinnahmen, die aus den höheren Schulgebühren zu erzielen wären. Die Regierung hält an ihren Sparvorschlägen fest.

Sparen wollen alle – aber alle anders

Mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen der Regierung ist keine Fraktion ganz glücklich. Vor allem SVP und FDP drängen auf weitere 50 Millionen pro Jahr.

REGULA WEIK

ST.GALLEN. Für die Freisinnigen ist klar: Die Sparvorschläge der Regierung greifen zu wenig weit, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. «Ohne zusätzliche Anstrengungen ist der Gang in die Schuldenwirtschaft ab 2016 vorgezeichnet.» Die FDP fordert daher ein zweites Sparpaket – weitere 50 Millionen schwer.

Die Partei kritisiert: Nur wenige der gut 50 Sparvorschläge der Regierung bedeuteten «einen wirklichen Ausgabenverzicht». Zusätzliches Sparpotenzial ortet die FDP bei der Kulturförderung; da soll die Regierung in den nächsten zwei Jahren eine weitere halbe Million einsparen, insgesamt 1,5 Millionen. Eine «massive Einsparmöglichkeit» ergebe sich auch bei der tieferen Kompensation des Prämienanstiegs.

Gegen Steuererhöhung

Weitere «echte Einsparungen» von mindestens 50 Millionen Franken verlangt auch die SVP – «ohne Kompensation über Gebühren oder Kostenverlagerung an die Gemeinden». Es brauche

zusätzliche Massnahmen, damit «das in den vergangenen Jahren angesparte Eigenkapital nicht wie Schnee an der Sonne schmilzt». Auch die SVP hat die Kulturförderung im Visier.

Und für sie ist klar: Der Hebel muss bei den Ausgaben angesetzt werden. Die Fraktion wehrt sich – wie auch die Freisinnigen – gegen eine Steuererhöhung.

Sparen statt verlagern

Die CVP – Finanzchef Martin Gehrer ist ihr Parteimitglied – lobt wohl «die transparente Aufbereitung» der Verzichtsplanung; von einzelnen Sparmassnahmen will die Partei aber nichts wissen – so von der Gebührenerhöhung für die Lehrwerkstätten oder vom «Kahlschlag» bei den Staatsbeiträgen an die drei nichtstaatlichen Gymnasien Untere Waid, Marienburg und Friedberg.

Die CVP setze auf ein umfassendes Sparpaket statt auf vereinzelte Kahlschläge; alle Bereiche müssten hinterfragt werden. Deshalb verlangt die Fraktion, dass eine externe Stelle die Effizienz der Staatsverwaltung überprüft.

Anders die Sozialdemokraten. Sie sind überzeugt, der Kanton arbeite bereits «sehr effizient». Sie wehren sich gegen «ein Kaputtsparen» des Kantons. Und: Für sie ist die Einnahmenseite nicht sakrosankt. «Eine Anpassung des Steuerfusses darf nicht tabu sein.»

Die Sparvorschläge der Regierung seien «reine Verlagerungen»; das überrasche nicht, da es im Kanton «wenig wirkliches Sparpotenzial» gebe. Ein weiteres Sparpaket von 50 Millionen sei deshalb «unverantwortlich und



Archivbild: Trix Niederau
Gymnasium Friedberg in Gossau.

unehrlich»; es wäre nur über Personalabbau zu bewältigen – wo weiter eingespart werden soll, darüber schwiegen sich die Bürgerlichen aus. Die Sozialdemokraten fordern «eine neue Finanz- und Steuerpolitik» für den Kanton.

Sparpaket zurückweisen

Für Grüne, Grünliberale und EVP schießt die Verzichtsplanung «über das Ziel hinaus». Die Fraktion will das Massnahmenpaket der Regierung zurückweisen. Die meisten Sparmassnahmen seien gar kein Verzicht, sondern «nur eine Verlagerung – hin zu den Gemeinden oder zur Bevölkerung». Für Grüne, Grünliberale und EVP ist klar: «Echtes Sparen ja. Blosses Verlagern nein.»

Ihr Ziel der Rückweisung: Die Regierung soll die Einnahmenseite – Steuererhöhung und Erschliessung neuer Einnahmen – «ernsthaft» angehen. Ein weiteres Sparpaket lehnt die Fraktion ab. Und sie will – wie die CVP –, dass eine unabhängige Stelle die Verwaltung auf Möglichkeiten der Effizienzsteigerung überprüft.

Fraglicher Italienisch-Status an St. Galler Mittelschulen

Das St. Galler Maturafach Italienisch abzuschaffen, wäre eine «Schein-Sparmassnahme», schreiben Fachleute. Heute überreichen Italienischlehrer in der Pfalz 6000 Protest-Unterschriften.

Weiterhin werden Argumente gegen die vorgeschlagene Abschaffung des Schwerpunktfachs Italienisch an den St.Galler Mittelschulen gesammelt (Ausgabe vom Samstag). Donato Sperduto, Präsident des Verbands der Italienisch-Lehrpersonen (VSI), warnt die St. Galler Regierung vor einem «unerfreulichen Dilemma», das da hiesse: «Wird Italienisch nicht als Grundlagenfach angeboten, wäre die St. Galler Matura illegal. Wenn Italienisch neu als Grundlagenfach angeboten wird, dann ist diese Erneuerung kostenpflichtig und alles andere als eine Sparmassnahme.»

Sperduto verweist auf Diego Erba, den Vorsteher des Tessiner Schulamtes, der wegen «Diskriminierung einer Schweizer Landessprache» beim Bund vorstellig geworden sei – eben weil das Vor-

haben der St.Galler «im Widerspruch zum schweizerischen Maturitätsreglement sowie zur neuen Sprachenverordnung stehen könnte». Das Problem sei die «mangelnde Transparenz», was den künftigen Status des Fachs betreffe. Damit die St. Galler Matura weiterhin gültig wäre, müsste Italienisch «neu als Grundlagenfach (nicht bloss als Freifach) angeboten werden». Dies aber hätte Kosten zur Folge – also wäre der Verzicht aufs Schwerpunktfach eine «Schein-Sparmassnahme».

Scharfe Kritik übt auch der Kreuzlinger Michele Schiavone, Regierungsvertreter der Italiener im Ausland und Generalsekretär der Partito Democratico: In einem Artikel für italienische Agenturen empfindet er die Ersparnis als «lächerlich» und «fast als Strafe» – dies nachdem der Bundesrat letztes Jahr beschlossen habe, die italienische Sprache zu fördern. Heute nachmittag übergeben Eleonora Rothenberger und die Fachgruppe Italienisch 6000 Unterschriften der Online-Petition von italianoascuola dem Präsidium des St.Galler Kantonsparlamentes; angemeldet hat sich auch das Tessiner Fernsehen. (mel)